



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

03/2015 – 27.03.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

die letzte der heute beendeten zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages hat im Schatten des Absturzes von Germanwings-Flug 4U 9525 gestanden. Sie finden im Folgenden eine kurze Beurteilung der Vorkommnisse meinerseits. Im Anschluss daran will ich mich dennoch unter anderem auch mit den jüngsten Krawalle in Frankfurt im Zuge der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank befassen.

Auch weitere Informationen wie zur Verabschiedung der PKW-Maut am heutigen Freitag lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Abschließend will ich zudem gerne die Gelegenheit nutzen, Ihnen schon heute ein frohes und gesegnetes Osterfest im Kreis Ihrer Familie zu wünschen.

Mit den besten Grüßen aus Berlin

Ihr

www.peterwichtel.de



Absturz von Germanwings-Flug 4U 9525



Am Dienstag in dieser Woche hat sich eine **unfassbare Tragödie ereignet, die in den vergangenen Tagen eine schier unfassbare Dimension erreicht hat.** Beim Absturz des Airbus A320 der Germanwings auf dem Flug von Barcelona nach Düsseldorf sind 150 Menschen ums Leben gekommen, darunter 75 Deutsche. Laut den noch anhaltenden Ermittlungen wird nun klar, dass der Co-Pilot den Absturz von

Flug 4U9525 absichtlich verursacht haben soll. Die Daten des Stimmenrekorders aus dem Cockpit sollen dies bestätigt haben. Zum Zeitpunkt des Aufpralls in den Alpen sei der Co-Pilot allein im Cockpit gewesen. Der Kapitän habe vergeblich versucht, die verriegelte Tür zu öffnen.

Die Geschehnisse gehen nicht nur über jedes Vorstellungsvermögen hinaus, sie sind auch und insbesondere eine unermessliche Belastung für die Angehörigen der Opfer. Ich will daher betonen, dass wir seit der schrecklichen Nachricht am Dienstag mit unseren Gedanken bei den Familien und Freunden all derer sind, die ihr Leben verloren haben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Besuch des Unglückortes am Mittwoch den Einsatzkräften für ihre äußerst schwierige Arbeit gedankt und versprochen, dass seitens der Regierung alles getan wird, um zu helfen, alle Umstände des Absturzes restlos aufzuklären. Auch im Bundestag haben wir mit einer Schweigeminute zu Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag den Opfern gedacht.

Da noch nicht alle Hintergründe des Unglücks bekannt sind ist es wichtig, dass weiter ermittelt und die Sachlage weiter aufgeklärt wird. Wir vertrauen dabei auf die Verfahrenshoheit der französischen Staatsanwaltschaft, die eng mit der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft zusammenarbeitet.

Krawalle in Frankfurt nicht zu rechtfertigen

In der vergangenen Woche haben **mit ungehemmter Brutalität vorgehende Gewalttäter die Menschen in Frankfurt am Main in Angst und Schrecken versetzt**. Die Bilder von brennenden Polizeifahrzeugen, eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Straßenbarrikaden, Schäden an vielen Privatautos und vor allem die hohe Zahl der verletzten Polizisten haben in ganz Deutschland Entsetzen und Unverständnis hervorgerufen.



Bundesinnenminister de Maizière hat die Menschenverachtung dieser linken Gewalttäter auf den Punkt gebracht: *„Wenn Sie ein Auto anzünden, in dem zwei Polizisten sitzen, da reden wir jetzt nicht über Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Wutbürger. Das ist möglicherweise versuchter Totschlag, wo man den Tod von Polizisten billigend in Kauf nimmt.“*

Ganz offenbar haben die für die Veranstaltung verantwortlichen Personen gewusst, dass dabei Gewalt angewendet werden sollte. Sie sind daher für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Es ist eine Schande und spricht für sich, dass die Organisatoren einräumen, lediglich mit dem Ausmaß der Gewalt habe man nicht gerechnet. Wer so handelt, muss zur Rechenschaft gezogen werden.

Aktionsbündnisse, Medien, Parteien, Abgeordnete – niemand darf diese Gewalt relativieren, rechtfertigen oder auch nur Verständnis dafür haben. Eine demokratische Gesellschaft kann solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Da sollten alle mit uns einig sein: Keine Toleranz für Gewalttoleranz!

Um das zu unterstützen, haben wir im Bundeshaushalt die Mittel für Programme wie *„Demokratie leben!“* aufgestockt. Angesichts der Krawalle ist es gut, dass unser 1. Parlamentarischer Geschäftsführer bei der zuständigen Bundesfamilienministerin nachfragt, wie hoch hier der tatsächliche und prozentuale Anteil der Projekte ist, die sich explizit der Verhinderung bzw. Bekämpfung linksradikaler Gewalt widmen.

Die Maut kommt



(© BMVI)

Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. **Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen.** Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit.

Für Halter von PKW und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der LKW-Maut funktioniert bereits ähnlich.

Die PKW-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

Weiterführende Informationen zur Infrastrukturabgabe finden Sie auf den Seiten des federführend zuständigen Bundesverkehrsministeriums unter www.bmvi.de.

Aktuelles aus dem Plenum

Mit der Abstimmung nach der zweiten und dritten Lesung des **Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes** stellen wir die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der LKW-Maut sicher. Hierzu wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt.



(© Uwe Schlick/pixelio.de)



(© Bundeswehr/Pierre Schubjé)

In namentlicher Abstimmung haben wir zudem die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM in Mali** verlängert. Wenngleich sich die Lage in Mali verbessert hat, ist der Norden des Landes noch nicht befriedet und noch immer leiden das Land und seine Bevölkerung unter den Folgen der Auseinander-

setzungen mit den radikalen Islamisten. Mehr als 200.000 Menschen befinden sich auf der Flucht. 2,8 Millionen Menschen in ganz Mali haben keine verlässliche Lebensmittelversorgung. Die Mission zielt daher darauf ab, die malische Regierung bei der fortschreitenden Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Insbesondere muss das malische Militär in die Lage versetzt werden, selbst die Sicherheit im Land gewährleisten zu können. Die deutschen Streitkräfte leisten hierzu im Rahmen der Mission mit Ausbildung und fachlicher Beratung einen wesentlichen Beitrag. Da Deutschland ab August die Führungsverantwortung der Mission übernehmen soll, wird außerdem die Mandatsobergrenze auf bis zu 350 Soldaten angehoben.

Daten und Fakten

Weniger Insolvenzen. Im Jahr 2014 meldeten die deutschen Amtsgerichte 24.085 Unternehmensinsolvenzen. Das waren 7,3 Prozent weniger als im Jahr 2013. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte damit den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Zuletzt war im Krisenjahr 2009 ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen verzeichnet worden (plus 11,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2008). Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte für das Jahr 2014 auf rund 25,2 Milliarden Euro. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im Jahr 2014 mit 86.298 Fällen um 5,4 Prozent niedriger als im Jahr 2013. Damit wurden zum vierten Mal in Folge weniger Verbraucherinsolvenzen registriert als im entsprechenden Vorjahr. Die Gesamtzahl aller Insolvenzen einschließlich der Nachlass- bzw. Gesamtgutinsolvenzen und der Insolvenzen von natürlichen Personen, die als Gesellschafter größerer Unternehmen von einer Insolvenz betroffen waren, belief sich im Jahr 2014 auf 134.871 Fälle (minus 4,6 Prozent gegenüber 2013).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs. Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2015 um 2,2 Prozent wachsen, für 2016 werden 1,9 Prozent prognostiziert. Nach einem kräftigen ersten Halbjahr 2015 werden die Unternehmen demzufolge ihre Produktionskapazitäten nahezu auslasten und dann mit Raten zulegen, die ihrem Potenzialwachstum entsprechen. Getragen wird das Wachstum in erster Linie vom privaten Konsum, vor allem gestützt durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Für 2015 wird mit rund 300.000 und für das kommende Jahr mit rund 200.000 zusätzlichen Jobs gerechnet. Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur werden nicht gesehen: Wichtige Absatzmärkte wie der Euroraum und die chinesische Wirtschaft entwickeln sich nur schwach und auch die Investitionen nehmen nur verhalten zu.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 3 – Manfred Nuding/pixelio.de
Seite 4 – BMVI
Seite 5 – Uwe Schlick/pixelio.de (oben),
Bundeswehr/Pierre Schubjé (unten)